

16. Landtag von Baden-Württemberg, 142. Sitzung
Mittwoch, 03. Februar 2021, 10 Uhr

Rede

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

Regierungsinformation – Bericht über die Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst danke ich der Kultusministerin auch im Namen unserer Fraktion sehr herzlich für diese Regierungsinformation. Das Bundesverfassungsgericht hat die Kulturhoheit einmal als das „Hausgut der Eigenstaatlichkeit der Länder“ bezeichnet. Es geht hier nicht um Nuancen oder um Befindlichkeiten, sondern um die Kernarchitektur unseres föderalen Staatswesens. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch heute hier in diesem Parlament darüber debattieren.

Ich stimme mit der Kollegin Zimmer völlig überein. Ich weiß, in manchen Köpfen und in einigen Parteizentralen hat der Bildungsföderalismus nicht mehr allzu viele Anhänger. Dort würde man lieber alles gleich zentral aus Berlin festlegen und gar top down durchregieren.

Aber gerade dort würde man beim Zentralismus einen Fehlschluss unterliegen. Denn gleiche Bildung ist nicht die beste Bildung. Das müssen wir uns immer vor Augen halten. Zentralismus ist nicht besser. Denn man kann horizontal über Staatsverträge oder KMK-Vereinbarungen, wie wir das heute von der Kultusministerin dargelegt bekommen, sehr wohl mit Qualitätsvereinbarungen besser vorankommen. Wettbewerb bringt Leistung. Gerade bei der Bildung gilt der Grundsatz: „Der föderale Wettbewerb kann ein wahrer Qualitätstreiber sein“, und darum muss es gehen. Es wurde zu Recht gesagt, dass wir immerhin jeden vierten Euro – genau genommen 24 % unseres Haushalts – in den Kultusbereich investieren. 2016 war der Anteil mit 22 % niedriger. Hier üben wir Landespolitiker eine wichtige Kompetenz aus. Auch in der Bildungspolitik gilt in Anlehnung an Fukuyama: Das föderale Deutschland ist ein 16-Länder-Labor für gute Lösungen.

Deshalb ist es richtig, dass sich die Kultusministerin – übrigens Seite an Seite mit der ganzen Landesregierung, auch dem Ministerpräsidenten – für einen lebendigen, vielfältigen und handlungsfähigen Bildungsföderalismus einsetzt. Da unterstützen wir sie aus ganzer Überzeugung. Wir wollen starke Länder in einem starken föderalen Deutschland, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich finde, sie hat zu Recht dargelegt – ich habe es mir nochmals vor Augen gehalten –, Föderalismus ist eben kein Relikt der Vergangenheit; denn nichts wird durch Zentralismus einfacher. Das hat auch meine Vorrednerin zu Recht unterstrichen.

Die neue KMK-Ländervereinbarung bietet dafür jetzt ein wichtiges Rahmenwerk. Die Ministerin hat die Themen, Aufgaben und gemeinsamen Ziele dargestellt, auf die sich die Länder verständigt haben. Und dass es nach über 50 Jahren gelungen ist, die Ländervereinbarung zu erneuern, ist auch der Arbeit unserer Kultusministerin zu verdanken. Deshalb: Kompliment und Anerkennung hierfür!

Entscheidend ist: Das Bildungsabkommen wurde frei und unter Gleichen ausgehandelt und eben nicht von oben herab verordnet. Nur diese Begegnung auf Augenhöhe ermöglicht

Lösungen, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, Lösungen, die Raum für föderale Besonderheiten lassen.

Kollegin Zimmer hat zu Recht gesagt: Länder zeigen hier Handlungsfähigkeit. Darum geht es. Ein Beispiel für diese Besonderheiten sind die erwähnten flexiblen Ganztagsangebote, die es bei uns eben auch in Regie der Gemeinden vor Ort gibt. Sie sind ein wichtiges, ja, ein wertvolles, von den Familien übrigens hoch geschätztes Element unserer Bildungs- und Betreuungslandschaft. Die klare Mehrheit der Eltern im Land setzt auf dieses besonders familien-freundliche Betreuen in Form der Ganztagsbetreuung. Wir hatten einmal eine Umfrage gemacht. Über 70 % der Eltern wollen diese Form. Darum muss es gehen, dass wir auch den Wunsch der Eltern berücksichtigen.

In Berlin waren für diese besondere baden-württembergische Ganztagskultur zunächst nicht wirklich Antennen vorhanden. Dass unsere kommunalen Betreuungsangebote jetzt trotzdem von den Bundesmitteln profitieren können, das ist ein großer persönlicher Erfolg der Ministerin und auch der Landesregierung und damit des Landes Baden-Württemberg und damit auch der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Dazu gratuliere ich. Dafür möchte ich mich auch ausdrücklich bedanken, für diesen beeindruckenden, engagierten Einsatz. Denn da gilt jetzt wirklich: Ende gut, alles gut.

Wahr ist: Die Bildungspolitik in dieser Periode ist eine Erfolgsgeschichte vom ersten Tag an und konsequent. Da können gern alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen applaudieren. Das ist im Grunde genommen in Übereinstimmung mit der Bilanz, was die Vorrednerin gerade auch angesprochen hat. Wir haben vom ersten Tag an konsequent auf Bildungsqualität gesetzt. Wir haben klargemacht: Auf die Lehrer kommt es an – Lehrer, die Sie in der vergangenen Legislaturperiode teilweise noch als Lernbegleiter abgewertet hatten.

Wir haben mit dieser Ministerin den Abbauplan von 11 000 Lehrerstellen aus der vorherigen Zeit gestoppt. Wir haben die unfairen Gehaltsabschläge für junge Lehrer abgeschafft. Wir haben 5 000 Haupt- und Werkrealschullehrern den Aufstieg nach A 13 ermöglicht und Stellenhebungen für Fachlehrer umgesetzt und auch den Grundschullehrern den Weg zu A 13 eröffnet. Das sind doch Leistungen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Und diese Regierung hat Studienplätze für das Grundschullehramt neu geschaffen, die zuvor gestrichen worden waren. Die Bildungsausgaben haben wir im Vergleich zum Jahr 2016 um fast ein Viertel erhöht; ich habe die Zahlen genannt. Und mit dem kommunalen Sanierungsfonds haben wir 480 Millionen € in die Modernisierung von Schulhäusern investiert. Wir haben auch die Kindergartenförderung, die unter der früheren Regierung gedeckelt war – wir wissen das –, in dieser Periode auf über 1 Milliarde € verdoppelt. Ich wiederhole: verdoppelt in diesem Bereich!

Wir haben Lesen, Rechnen und Schreiben in der Schule gestärkt, die Realschule mit einem neuen Konzept weiterentwickelt, die gymnasiale Oberstufe neu konzipiert und die Schulleitungen aufgewertet. Und wir haben Schluss gemacht mit dem Schreiben nach Gehör. Das alles sind wichtige Errungenschaften. Insoweit will ich Ihnen sagen: Das ist die naturgemäße Situation, dass wir uns hier auch in dem einen oder anderen Punkt unterschiedlicher Auffassung aufeinander zubewegt haben.

Aber gerade in diesem Jahr Corona hat diese Regierung, haben diese Regierungsfractionen gezeigt – betrachten Sie heute unsere Leistungen für die Schülerbeförderung –, dass wir uns einigen, dass wir Probleme lösen, dass wir zusammenkommen. Da passt im Moment gar kein Blatt zwischen uns. Wir haben mit vielen Dingen Schluss gemacht. Wir haben auch Ordnung in das Chaos gebracht, das sich natürlich – das weiß ich – auch mit der Abschaffung der Grundschulempfehlung da und dort eingestellt hat. Das ist kein Geheimnis. Darüber reden Sie, darüber reden wir. Wir wollen ja alle das Beste für die Kinder. Insoweit ist es auch kein Geheimnis, dass wir es für richtig empfinden, Grundschulen zuerst wieder zu öffnen und dort zu lockern, wenn dies die Lage bald hergibt.

Der Bildungsföderalismus lebt im Grunde, er ist lebendig. Wir wollen Schulen stark und zukunftsfähig aufstellen. Da gibt es überhaupt keinen Dissens zwischen dem, was gesagt wurde. Das gilt auch hinsichtlich der Digitalisierung. Ich will abschließend nur ein Beispiel nennen. Ich komme aus dem ländlichen Raum. Dort ist es am schwierigsten, an die Digitalisierung anzuschließen. Wir haben mittlerweile alle 70 Schulen – alle 70 Schulen! – an das Glasfaser angeschlossen. Auch im ländlichen Raum ist mittlerweile ein großer Schritt nach vorn gemacht worden, weil sich unter dieser Regierung die Mittel für Digitalisierung – hier sitzt der Digitalisierungsminister – in dieser Periode verzehnfacht haben. Das war die Möglichkeit.

Insoweit, verehrte Kolleginnen und Kollegen:

Ja, wir haben vieles neu aufgestellt. Wir haben auch in der Informatik und den MINT-Fächern die Kompetenzen betont. Wir sagen auch: „Auf den Anfang kommt es an.“

Diese Kultusministerin kämpft für das Recht auf Bildung. Sie kämpft dafür, dass gerade die Kleinsten möglichst schnell eine Perspektive bekommen. Ihr Kurs ist richtig, ihr Kampf um Vorfahrt für die Bildung ist richtig, und ihr Einsatz für Kinder und Eltern ist ebenso richtig.